

Ratsherr Kerstholt und die SPD-Fraktion sind mit dem Beschlussvorschlag der Verwaltung nicht einverstanden. Der Schülerlotsendienst sei eine sehr wichtige und gute Aufgabe. Er bittet die Verwaltung, nochmals zu prüfen, ob es nicht doch einen geeigneten Unterstellstandort gibt. Vielleicht sei auch einer der angrenzenden Grundstückseigentümer bereit, die Telefonzelle auf sein Grundstück zu stellen.

Ratsherr Dr. Lenke, Fraktion Bündnis 90 / Die Grünen, vertritt ebenfalls die Auffassung, dass eine Lösung gefunden werden sollte, um einen Unterstand zu ermöglichen.

Ratsherr Huth, UWG-Fraktion, stimmt dem Beschlussvorschlag zu, obwohl er bezweifelt, dass für diesen kurzen Zeitraum eine Möglichkeit zum Unterstellen gebraucht wird. In der Kernstadt und auf den anderen Ortschaften gibt es solche Möglichkeiten auch nicht.

Auch Ratsherr Logemann, FDP-Fraktion, vertritt die Meinung, dass kein Unterstand benötigt wird. Allerdings begrüßt er das Gespräch mit den privaten Grundstückseigentümern, um die Möglichkeit auszuloten, ob mobile Unterstände auf dem Privatgelände möglich sind.

Die SPD-Fraktion, so Ratsherr Danz, wirbt ebenfalls dafür, dass die Verwaltung dies nochmal prüft und ggf. mit den Grundstückseigentümern Gespräche führt.

Ratsherr Dr. Ganten, UWG-Fraktion, bittet die Befürworter des Unterstandes einmal klarzustellen, welchen Unterschied es zwischen Merzbach und den vielen anderen Stellen in Rheinbach gibt. Er befürchtet weitere Anträge, wenn dieser Unterstand jetzt genehmigt würde. Die Prüfung der Verwaltung müsse sich deshalb auch auf die anderen Stellen in Rheinbach erstrecken.

Bürgermeister Raetz sagt zu, dass die Verwaltung dies noch einmal prüft und ggf. Gespräche mit den Grundstückseigentümern führen werde.